

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich Wirtschaft, Stadtentwicklung, Klimaschutz, Bauen und Recht
	Ressort / Stadtbetrieb	101 Stadtentwicklung und Städtebau
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Ann-Katrin Tigges +49 202 563 4299 ann-katrin.tigges@stadt.wuppertal.de
	Datum:	20.05.2021
	Drucks.-Nr.:	VO/0462/21/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
10.06.2021	Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen	Entgegennahme o. B.
Antwort zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.03.2021 zur Fläche des ehemaligen Altenheims an der Oberen Lichtenplatzer Straße		

Grund der Vorlage

Sachstand zur Fläche des ehemaligen Altenheims an der Oberen Lichtenplatzer Straße;
 Antrag der SPD-Fraktion vom 31.03.2021 (VO/0462/21)

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt den Bericht ohne Beschluss entgegen.

Einverständnisse

Entfällt

Unterschrift

Minas

Begründung

Zur Prüfung einer Entwicklung des Standortes des ehemaligen Altenheims an der Oberen Lichtenplatzer Straße für hochwertige und gleichzeitig soziale Wohnbebauung wurden seitens der Verwaltung (R101.1) die Rahmenbedingungen für eine wohnbauliche Flächenentwicklung analysiert und verschiedene Bauvarianten entwickelt. Diese wurden im Frühjahr 2021 dem VV als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen vorgelegt.

Der VV hat die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Grundsatzbeschlusses beauftragt unter der Beachtung der Verknüpfung der Flächenvermarktung mit einem städtebaulichen Qualifizierungsverfahren.

Hierzu wurden die unterschiedlichen Varianten zum Vergabeverfahren (Höchstpreisverfahren, Konzeptvergabe, Konzeptvergabe mit Festpreis oder Preisberücksichtigung, Höchstpreisvergabe mit Qualifizierungsverfahren) geprüft und zur internen Abstimmung zwischen Verwaltung und APH zusammengestellt.

Der Grundsatzbeschluss für die Vermarktung des APH-Grundstücks mit Zielsetzung Wohnungsbau in Kombination mit einer Qualifizierung wird, nach abschließenden internen Abstimmungen zwischen Verwaltung und APH, vorbereitet und soll in der nächsten Sitzungsperiode nach der Sommerpause den politischen Gremien vorgelegt werden (BV, Ausschüsse, Rat).

Kosten und Finanzierung

Entfällt

Zeitplan

Entfällt

Anlagen

keine